



6. März 2014

Gemeinsame Presseinformation von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und SSW

Bundesgesundheitsminister Gröhe muss die Geburtshilfe endlich zur Chefsache machen

Zur Diskussion über die Situation der Geburtshilfe sagen die Landtagsabgeordneten Birthe Pauls (SPD), Marret Bohn (Bündnis 90/Die Grünen) und Flemming Meyer (SSW):

Mit unserer Bundesratsinitiative zur Situation der Hebammen haben wir in Schleswig-Holstein einen ersten wichtigen Schritt zur Sicherung der Hebammenversorgung in Deutschland gemacht. Das beweist nicht zuletzt die viele Zustimmung, die uns in diesen Tagen aus den anderen Bundesländern erreicht. Nach Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Thüringen haben nun auch Brandenburg und Berlin mitgeteilt, sich unserer Initiative anzuschließen.

Durch die Einrichtung eines staatlichen Haftungsfonds auf Bundesebene und einer Anhebung der Hebammenvergütungen wollen wir einerseits den drohenden Kollaps des Versicherungsmarktes für Hebammen verhindern, und zugleich dafür sorgen, dass Hebammen wieder von ihrem Beruf leben können.

Doch machen wir uns nichts vor: Bis zu einer vollständigen Sicherung der Geburtshilfe in der Fläche bedarf es noch vieler weiterer Schritte. Jetzt hat der Sana-Konzern angekündigt, dass die Geburtshilfe in Oldenburg geschlossen wird.

Es wird Zeit, dass Bundesgesundheitsminister Gröhe die Situation der Geburtshilfe in Deutschland zur Chefsache macht und endlich handelt. Wenn die Versorgung in der Fläche erhalten bleiben soll, dann muss nicht nur die Situation der Hebammen entschärft werden. Dazu gehört auch eine Leistungsvergütung, die es ermöglicht, Geburtshilfe im ländlichen Raum zu erhalten. Für die Geburtshilfe ist es schon fünf nach 12 – die Bundesregierung muss jetzt zügig Nägel mit Köpfen machen.

SPD-Fraktion
Pressesprecherin
Petra Bräutigam
Tel. 0431 / 988 - 1305

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Pressesprecherin
Claudia Jacob
Tel.: 0431 / 988 – 1503

SSW
Pressesprecher
Per Dittrich
Tel.: 0431 / 988 - 1383